

# Dresdner Volkszeitung

Vollstreckungsamt Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Carl Schmidt, Dresden  
und Schönlage, Staatshaus

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verantwortlich: Ernst Kasper, Dresden  
Telegraphen-Adresse: Dresden Nr. 1268

Verleger: Carl Schmidt, Dresden  
Vertrieb: Carl Schmidt, Dresden

Abonnementpreis: Grundpreis: die 24 mm breite Monatszeitschrift 30 Pf., die 30 mm breite Monatszeitschrift 1.50 Pf., für auswärtige Abnehmer 18 Pf. und 3 Pf. für den Postzuschlag. Einzelhefte 40 Pf. Abgabe für Kleinverleger 10 Pf.

Nr. 292

Dresden, Donnerstag den 16. Dezember 1926

37. Jahrg.

## Regierungsrücktritt gefordert

Beschluß der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

D. Berlin, 17. Dezember. (Fig. Junkspruch.) Am Mittwochabend beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der innerpolitischen Lage. Sie nahm nach dreistündiger Debatte mit Zweidrittelmehrheit folgende Entschließung an:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit. Sie ist aber der Auffassung, daß hierzu der Rücktritt der Reichsregierung erforderlich ist.“

Was bezieht diese Entschließung? Sie will zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratie unter gewissen Voraussetzungen zur Großen Koalition durchaus ernsthaft bereit ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion will, daß eine solche Regierung nicht als ergänzende Fortsetzung des bisherigen Kabinetts erscheint, sondern grundsätzlich alle Ministerposten neu besetzt werden. Daher der vorstehende Beschluß mit seinen Konsequenzen zur Klärung. Eine Erklärung der Regierung, daß sie spätestens am 19. Januar bei dem Wiederzusammentritt des Reichstags ihren Rücktritt erklärt, ist erforderlich, wenn die Sozialdemokratie auf ein Vertrauen des Reichstags gegen das gesamte Kabinett verfaßt soll. Eine solche Erklärung des Reichskabinetts muß im Laufe des heutigen Tages möglichst von der Tribüne des Reichstags her erfolgen. Ist das nicht der Fall, dann dürfte die Sozialdemokratie spätestens nach Schluß der heutigen Plenarsitzung ein Misstrauensvotum gegen die Regierung einbringen. Ein solcher Misstrauensantrag bedeutet persönliche Verantwortlichkeit, sondern den Ausdruck des Willens, daß die Regierung in der bisherigen Zusammenstellung und Richtung nicht weiterregieren soll. Garipoliti die Regierung den Forderungen der Sozialdemokratie, dann würde sich eine Abtötung im Reichstag zu dem Zweck einer Umbildung der Regierung freie Bahn zu schaffen, erübrigen.

Aber selbst für diesen Fall ist das Misstrauen der Sozialdemokratie gegen die Regierung durch die immer wiederholten Erklärungen nicht mehr zu belegen. Gelangt ein Misstrauensvotum gegen die Regierung im Verlauf der dritten Sitzung zum Vorkommen, dann beschließt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, ihm ihre Zustimmung nicht zu erteilen. Aus diesem Beschluß dürften die Parteien der Mitte gleichzeitig ersehen, daß selbst bei einer Einigung über die notwendigen Reformen in der Reichswehr ein anderer Mann als der bisherige zu ihrer Durchführung erstanden werden muß.

Die Reichsregierung tritt bereits heute vormittag um 10 Uhr zu einer Kabinettsitzung zusammen, um sich mit dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu befassen. Vor der Plenarsitzung, die um 12 Uhr mit einer Rede

des Genossen Scheidemann beginnt und der anschließend eine Erklärung der Reichsregierung folgen dürfte, wird sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch einmal versammeln. Es gibt für sie dann nur noch zwei Möglichkeiten: entweder erklärt die Regierung die erforderliche Erklärung, indem sie den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion beachtet oder sie verzichtet darauf und überläßt sich dem Schicksal. Im ersten Falle dürfte von einem Misstrauensvotum Abstand genommen werden. Aber so sicher wie das ist, wird im zweiten Falle ein Misstrauensvotum nicht zu vermeiden sein. Was dann bei der Abstimmung am Freitag wird, möchten wir für heute dahingestellt sein lassen.

### Das Echo der Presse

D. Berlin, 17. Dezember. (Fig. Junkspruch.) Die Entschließung, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am gestrigen Tage fällte, steht allgemein im Vordergrund des politischen Interesses. Die Germania schreibt in der Entschließung: „Der sozialdemokratische Reichstag erachtet die vorliegende Lage als eine solche, die die Verhandlungen über die Große Koalition wenig aussichtsreich. Er muß sich insofern befriedigen, als die vorangegangenen Verhandlungen auch den Sozialdemokraten eine Plattform abboten hatten, auf die sie hätte ruhig treten können, ohne sich etwas zu vergeben. ... Kurzum: eine hoffnungsvoll sich anbahnende neue Situation ist durch den sozialdemokratischen Beschluß auf das äußerste gefährdet worden.“

Auch das Berliner Tageblatt spricht davon, daß durch den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion „eine ganz neue Lage geschaffen“ worden ist. Die Tageslichte Rundschau nimmt das ebenfalls an und erwartet, daß das Kabinett der sozialdemokratischen Forderung nicht Rechnung trägt. Die gleiche Hoffnung hegt die Reichs-Zeitung und insbesondere die Deutsche Tageszeitung erwartet, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Beschluß die Ächtung durchkreuzt hat, die bei den Mittelparteien, insbesondere aber bei dem Zentrum, bestanden.

Der Vorwärts schreibt: „Aus einer Beziehung der Krise kann sich die Sozialdemokratie nicht enthalten. Es muß über die Regierungsverhältnisse Klarheit geschaffen werden, und zwar so rasch wie möglich. Der Reichstag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zeigt den richtigen Weg zu dieser Klarheit zu gelangen. Es besteht allgemein Hoffnung, daß die Regierung bereit ist, so wie sie ist, nicht weiterregieren kann, weil sie keine Mehrheit hat. Die einzige logische Folgerung aus dieser Erkenntnis ist im parlamentarischen System der Rücktritt der Regierung. Erst wenn er erfolgt, ist der Weg frei zu Verhandlungen, die mit dem Willen, zum Ziele zu kommen, geführt werden müssen. Die

Johann in dieser Weise zu führen, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufrichtig bereit sein.“

### „In offener Feldschlacht...“

D. Berlin, 16. Dezember. (Fig. Drahtb.) Das Reichskabinett hielt heute vormittag eine Sitzung ab, nach deren Schluß erklärt wurde, die Regierung beabsichtigt nicht zurückzutreten, sondern werde sich „in offener Feldschlacht“ zur Entscheidung stellen. Die Kommunisten haben inzwischen einen Misstrauensantrag gegen das gesamte Kabinett eingebracht. Die Plenarsitzung des Reichstags ist von 12 auf 2 Uhr nachmittags verschoben worden. Zur Stunde steht noch nicht fest, ob der Reichstagspräsident Marx schon zu Beginn der Sitzung oder erst im Verlauf der Aussprache eine Erklärung der Regierung abgeben wird. Gegenwärtig verhandelt er noch mit den Führern der Regierungsparteien.

### Der Putschverein lebt — trotz Verbot!

Bei Anhängern des aufgelösten Putschvereins Olympia und am Mittwoch, den 16. Dezember, in Berlin auf Grund von Anhaltspunkten über die Organisation der Putschorganisation, die mit nur auf Grund des Republikanengesetzes, sondern auch auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 endgültig aufgelöst ist, noch eine weitere Tätigkeit ausübt. Die Ergebnisse der durchgeführten Erhebungen werden an die zuständige Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung weitergeleitet werden. Für das Fortbestehen der Olympia sprechen verschiedene Tatsachen, insbesondere die, daß in der Herbstwoche in Berlin ein von der Olympia unterhaltenes Bureau bestandslos das gesamte Aufgebot des „Deutschbundes Schmutzweiger“ benutzt worden ist, zur Zeit aber nur von zwei Angehörigen der Olympia, einem Major und einem Hauptmann a. D., benutzt wird. Ferner wurde ein Schriftstück vorgelesen, in dem ein früherer Führer der Olympia selbst die Tatsache erörtert, daß die aufgelöste Olympia in Form des „Preußens Bundes“ fortbesteht.

Bei vier der in die Erhebungen einbezogenen Personen wurden Pistolen beschlagnahmt, für die ein Waffenchein nicht vorhanden war, bei zwei weiteren Personen sind eine Reihe von Militärakten und Signalbücher vorgefunden worden, die nach Angabe der Besitzer aus Beständen der Reichswehr an die Olympia zu Propagandazwecken ausgegeben worden sein sollen. Weitere Feststellungen ergaben, daß ein Vorstandsmitglied der Olympia nach im Herbst 1921 im Besitz eines Lagers von Militärwaffen gewesen ist, und daß etwa um die gleiche Zeit von zwei Mitgliedern der Olympia ein Transport von Militärwaffen außerhalb Berlins angeordnet wurde.

## Reichswehr, Marine und Ehrhardt

Von Otto Eggerstedt, Kiel, W. d. R.

Die Vorgänge bei der Reichswehr und bei der Marine, die zu dem Schritte der Sozialdemokratie bei der Regierung Marx führten, haben die größte inner- und außenpolitische Bedeutung. Es muß durchgegriffen werden. Die Sozialdemokratie muß dafür sorgen, daß für solche Fälle militärische Unüberleglichkeiten wie die Herstellung von Kriegsmaterial in Sowjetrußland nicht das Geld der deutschen Steuerzahler verpulvert wird. Sie wird das am besten dadurch erreichen, daß sie unbeeinträchtigt den Kreis von rechts und links anstößt, was ist. Gefährlich sind diese Aufstellungen vor allen Dingen innerpolitisch. Sie liefern das Material für die Ausrichtung aller der Wehrverbände, die trotz Schillers Dementis sich als sogenannte „Schwarze Reichswehr“ der Wehr der deutschen Republik anlehnen.

Bei der Sitzung, an der auf Wunsch der Sozialdemokratie die Minister Marx, Gehler und Stresemann teilnahmen, wurde die engere Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Wehrverbänden an vielen Einzelstellen dargelegt. Es wurde zu weit führen, wollte man das gesamte Material in der Öffentlichkeit unterbreiten. Ein Einzelstück mag genügen, den Genossen Reichstagsabgeordneter Otto Eggerstedt unserer Parteipresse unterbreiten. Auch Genosse Scheidemann wird in seiner heutigen Reichstagsrede darauf eingehen.

### Organisation Consul und Reichsmarine

Die Organisation Consul erfaßt unter der Leitung von Ernst Ehrhardt die Führer der nationalistischen Verbände. Ihr Leiter in Schleswig-Holstein war bis Mitte 1922 Leutnant a. D. D. Meern, einer der Mörder Rathenau's. Nach der Ermordung Rathenau's wurde die Stelle Meern's von Wittmeister a. D. Kurt Pöder eingenommen.

Wald nach seinem Eintritt legte die Marinestation der Offizier die Führung durch Korvettenkapitän Otto Schulze mit ihm aufzunehmen, um die Aufsammlung zu sichern. Pöder war dazu bereit, stellte aber

### der Marine folgende Bedingungen:

1. Die O. C. befaßt im Falle eines gemeinsamen Vorgehens das selbständige Kommando über die von ihr gebildeten Formationen.

2. Die Marine rüstet die Formationen mit Waffen und Munition aus bzw. stellt Waffen und Munition für den Fall, an dem sie benötigt werden, an bereitbaren Plätzen bereit.

3. Die Marine unterstützt die Organisation Consul mit Geldmitteln.

Die Marine ging auf diese Bedingungen ein.

### Die Finanzierung

Die geforderte finanzielle Unterstützung wurde meistens von dem Korvettenkapitän Otto Schulze, in der Inflationszeit in dänischen Kronen, ausbezahlt. Der Adjutant Pöders, Oberleutnant a. D. Wierdorff, erhielt einmal 1000 Tännenkronen für die Anschaffung eines Motorrades. Die quartierliche Rechnung wurde bei der Vorführung des Motorrades auf dem Hofe der Marinestation dem Korvettenkapitän Otto Schulze übergeben. Dieser Ehrhardtmann Wierdorff ging monatlich zwei- bis dreimal zur Station in das Dienstzimmer des Korvettenkapitäns Schulze. Aus dem dort befindlichen Geldschrank wurde ihm auf Verlangen Geld gegeben.

Eine Luistung brauchte er nicht aufzustellen, er erhielt nie unter 100 Kronen. Der frühere Organisationsführer Korvettenkapitän a. D. Götting erzählte Wierdorff

### auf der Kommandobrücke des Kreuzers Berlin

über die Herkunft der dänischen Kronen, daß man die optischen und nautischen Instrumente an das Ausland verkauft habe. Das Motorrad, mit dem die Verschlebung erfolgte, gehörte dem Leutnant a. D. E. a. D. Sellmer und hatte seinen Liegeplatz an der Stationsbrücke.

Zuherden wurde in Kiel aus den angeblich mitleidenden Handels- und Industriezweigen ein sogenanntes Finanzkonglomerat gebildet, das einige Konten bei der Kieler Bank einrichtete. Es bestanden bis zum heutigen Tage drei Konten: Finanzkonglomerat, Wierdorff I und Wierdorff II.

Nach dem letzten Besuch Ehrhardt's in Kiel am 23. 8. 26 fand eine Sitzung in der Handelskammer statt, zu der in Uniform Korvettenkapitän Schulze erschien, um als unpolitischer Offizier einen Bericht über die politische Lage zu geben. Er forderte auf, weitere Gelder bereitzustellen zur Belämpfung der „Roten Gefahr“.

### Die Vorbereitung zum Putsch

Die Marinestation Kiel hat der O. C. 12 W. d. R. ausgeliefert. Die 12. W. d. R. wurden nachts auf dem Wasserwege vom Marinearsenal zu der Anlegerbrücke Alsenberg gebracht, von dort durch Pöder

unter Hilfe des Leutnants a. D. Baaske mit eigenem Nachschuß nach dem Landgut Pöders, Stelshagen, gebracht. Von hier aus wurden sie in Othofstein verteilt.

Weiter wurden an vier weiteren Stellen Waffen und Munition gelagert. Als Sammelpunkte mit Hauptwaffen- und Munitionslager wurden die Marine-Kasernen in Kiel bestimmt.

### Der Hitler-Putsch 1923

Im Herbst 1923 wurde Pöder von Ehrhardt benachrichtigt, daß von Bayern aus der Umsturz im Reich eingeleitet werden sollte. Pöder setzte sich mit der Marinestation in Verbindung. Der Vertreter, Otto Schulze, vereinbarte, daß die O. C. in Kiel eine feierliche Brigade aufstellen sollte. Die aus Othofstein anrückenden Verbände sollten mit Marinefahrzeugen nach Kiel gebracht werden. Die Marine hatte den Aufmarsch in Othofstein zu sichern durch Offizierspatrouillen. Als Sammelpunkt für das nördliche Aufgebot wurde die Marinekaserne Wüth bei Alsenburg bestimmt. Es sollte auf dem Wasserwege Unterstützung nach Kiel zu senden. Tatsächlich lag der dafür vorgesehene Dampfer längere Zeit unter Dampf. Pöder verlangte die Unterstützung der Landstreitkräfte der Marine unter die O. C. und erhielt auch die Zusage.

Am 7. November 1923 erschien der Vertreter Ehrhardt's, Baron Zschel-Bielinghof in Kiel zu einer Aushandlung. Die im Kontinentallager stattfand. Er teilte mit, daß Ehrhardt in der Nacht vom 8. zum 9. 11. 23 losgegangen werde. Später ging er mit Pöder zum Stationskommandanten Reichert von Ogera, um machte ihm die gleiche Mitteilung. Die Pöder wurde benachrichtigt. Zwischen dem Staggeroffklub in Kiel, dem Hauptquartier der Putschisten, und der Station wurde Dauerkontaktunterbreitung hergestellt. An demselben Abend erklärte der

### Rast angetrunkene Korvettenkapitän Löwenfeld

dem jetzt in Raumburg tätigen Leutnant a. D. Friedrich, man wolle die O. C. tauschen. In Wirklichkeit solle er, Löwenfeld, das Kommando übernehmen. Pöder begab sich in der Erwartung über den Vorbruch der aktiven Offiziere am 8. 11. 23 sofort zur Station und beschwerte sich bei dem Stabschef Werth. Werth befaßt sofort Löwenfeld und Schulze zu sich und belehrte sie ernstlich über die Abmachungen. Die letzten Vorbereitungen wurden getroffen. Alles wartete auf das Stichwort „Reb!“. Da machte, wider Er-